



## **Nicht anwesend sind:**

### **Ausschussmitglieder**

Frau Klara Geywitz	SPD	entschuldigt
--------------------	-----	--------------

### **stellv. Ausschussmitglieder**

Herr Sascha Krämer	DIE LINKE	nicht anwesend
Herr Günter Anger	CDU/ANW	nicht anwesend
Herr Lutz Boede	DIE aNDERE	nicht anwesend

### **sachkundige Einwohner**

Frau Sabine Gräf	SPD	entschuldigt
Herr Pertti Hermannek	Bündnis90/Die Grünen	nicht anwesend
Frau Evelin Krämer	DIE LINKE	entschuldigt
Herr Prof. Dr. Wolfram Meyerhöfer	DIE aNDERE	nicht anwesend

## **Schriftführer/in:**

Herr Mathias Jeske

## **Tagesordnung:**

### **Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 03.09.2014 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 3 Wahl der/des stellvertretenden Ausschussvorsitzenden
- 4 Informationen zur Haushaltslage der Landeshauptstadt Potsdam  
Oberbürgermeister, Fachbereich Finanzen und Berichtswesen
- 5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 5.1 Wiedervorlagen
- 5.1.1 Mobilitätsticket Potsdam  
Vorlage: 14/SVV/0633  
Fraktion DIE LINKE

- 5.1.2 Berücksichtigung von Sozialspekten bei Grundstücksvergabe  
Vorlage: 14/SVV/0634  
Fraktion DIE LINKE
- 5.1.3 Familientarife bei den Stadtwerken  
Vorlage: 14/SVV/0657  
Fraktion SPD
- 5.2 Beschlussvorlagen
- 5.2.1 Jugendförderplan der Landeshauptstadt Potsdam 2014 bis 2018  
Vorlage: 14/SVV/0651  
Oberbürgermeister, FB Kinder, Jugend und Familie
- 5.2.2 Erste Änderung der Schulraumnutzungs- und Entgeltordnung der Landeshauptstadt Potsdam  
Vorlage: 14/SVV/0810  
Oberbürgermeister, FB Bildung und Sport  
B/Sp. (ff)
- 5.2.3 Sitzungskalender 2015  
Vorlage: 14/SVV/0718  
Stadtverordnete Müller als Vorsitzende der StVV  
in alle Ausschüsse überwiesen
- 5.2.4 Realisierung Uferweg Speicherstadt  
Vorlage: 14/SVV/0709  
Fraktion DIE LINKE
- 5.2.5 Planung zur Finanzierung städtischer Kultureinrichtungen  
Vorlage: 14/SVV/0717  
Fraktion DIE LINKE
- 5.2.6 Kein Verkauf der Volkshochschule  
Vorlage: 14/SVV/0834  
Fraktion DIE aNDERE
- 5.3 Mitteilungen der Verwaltung
- 5.3.1 Information über die erreichten Zinssätze beim Abschluss von Forwarddarlehen im 1. Halbjahr 2014  
Vorlage: 14/SVV/0746  
Oberbürgermeister, FB Finanzen und Berichtswesen
- 5.3.2 Bereitstellung eines zusätzlichen Vertretungsbudgets für Schulen durch das Land Brandenburg - Einstellung der städtischen Vertretungsreserve gegen Unterrichtsausfall  
Vorlage: 14/SVV/0816  
Oberbürgermeister, FB Bildung und Sport  
B/Sp.
- 5.3.3 Zwischenmitteilung Kein Verkauf ohne Bedingungen  
Vorlage: 14/SVV/0862  
Oberbürgermeister, Fachbereich Finanzen und Berichtswesen  
SBV, GSI
- 6 Sonstiges

## Protokoll:

### Öffentlicher Teil

#### zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Heuer, begrüßt die Ausschussmitglieder, die Vertreter der Verwaltung und Gäste zur 2. Öffentlichen /nichtöffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen.

#### zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 03.09.2014 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 7 von 7 Ausschussmitgliedern fest.

Zur Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Finanzen vom 03.09.2014 gibt es keine Hinweise; Die **Niederschrift** wird **bestätigt**.

Herr Heuer möchte die Tagesordnungspunkte 5.1.2. – Berücksichtigung von Sozialaspekten bei Grundstücken und 5.3.3. – Zwischenmitteilung Kein Verkauf ohne Bedingungen zusammen aufrufen.

**Die geänderte Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.**

#### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>6</b>
Ablehnung:	<b>0</b>
Stimmenthaltung:	<b>1</b>

#### zu 3 Wahl der/des stellvertretenden Ausschussvorsitzenden

Zur Wahl des stellvertretenden Ausschussvorsitzenden des Ausschusses für Finanzen stehen Herr Heinzel, Horst sowie Herr Kaminski, Klaus-Peter.

Der Ausschussvorsitzende informiert, dass abweichend vom Wahlverfahren gemäß § 39 Abs. 1 Satz 6 BbgKVerf eine offene Wahl durchgeführt werden könne, wenn dies einstimmig gewünscht wird. Der Durchführung einer offenen Wahl stehen keine Stimmen entgegen.

Die Wahl wird durchgeführt.

#### **Abstimmungsergebnis zur Wahl des stellvertretenden Vorsitzenden:**

Herr Horst Heinzel erhält 4 Stimmen.  
Herr Klaus-Peter Kaminski erhält 3 Stimmen.  
Somit erhält **Herr Heinzel** die **Stimmenmehrheit**. Auf Nachfrage von Herrn Heuer nimmt Herr Heinzel die Wahl zum stellvertretenden Vorsitzenden an.

**Stellvertretender Vorsitzender** des Ausschusses für Finanzen ist **Herr Horst Heinzel**.

**zu 4            Informationen zur Haushaltslage der Landeshauptstadt Potsdam**  
Oberbürgermeister, Fachbereich Finanzen und Berichtswesen

Herr Exner informiert zur Haushaltslage über die Grund- und Gewerbesteuer. Durch die Anhebung des Hebesatzes der Grundsteuer B auf 520 v.H. werden 1,1 Mio. € Mehrerträge prognostiziert.

Obwohl zur Zeit die Erträge der Gewerbesteuer rund 1,5 Mio. € unter dem Planwert von 55,5 Mio. € liegen, wird weiterhin davon ausgegangen, dass die zu erzielenden Erträge, trotz leichter konjunktureller Eintrübungen, erreicht werden. Der Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer wird nach Rücksprache mit dem Ministerium der Finanzen um bis zu 4 Mio. € höher sein als erwartet. Somit kann der zu erwartende Ertrag der Einkommenssteuer von 48 Mio. € auf 52 Mio. € steigen.

Die prognostizierten Schlüsselzuweisungen des Landes sinken um rund 3 Mio. €. Die erhofften Zahlungen aus Leistungen des Sonderbedarfs nach § 15 FAG steigen um ca. 2 Mio. €. Insgesamt lässt sich eine Verbesserung in Höhe von 4,1 Mio. € prognostizieren.

**zu 5            Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

**zu 5.1        Wiedervorlagen**

**zu 5.1.1     Mobilitätsticket Potsdam**  
**Vorlage: 14/SVV/0633**  
Fraktion DIE LINKE

Herr Kaminski bringt diese Vorlage ein.

Sie dient der Aufhebung der Ungleichbehandlung von Kindern und Jugendlichen die kein Mobilitätsticket erhalten, da sie Mitglied einer Bedarfsgemeinschaft von Leistungen aus dem SGB II oder SGB XII sind.

Herr Kaminski schlägt die Änderung des Zeitraumes auf Dezember 2014 vor.

Frau Gawlik (BL 383 - Soziale Leistungen und Integration) erläutert, dass Sozialleistungsempfänger im Rahmen der Prüfung vorrangiger Leistungen zunächst einen Antrag auf Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) über den Fachbereich Soziales, Gesundheit und Umwelt zu stellen haben. Durch das BuT werden Kinder und Jugendliche aus Familien mit geringem Einkommen gefördert. Sofern kein gesetzlicher Anspruch auf Übernahme bzw. Berücksichtigung der Fahrtkosten nach dem BuT besteht, wird geprüft, ob die Voraussetzungen der Schülerbeförderungssatzung der LHP vorliegen. Sofern dies der Fall ist, wird der Antrag vom Fachbereich Soziales, Gesundheit und Umwelt an den Fachbereich Bildung und Sport weitergeleitet. Ergibt die vorangegangene Prüfung, dass der Antragsteller keinen Anspruch auf Erstattung/Bezuschussung zur Schülerbeförderung hat, wird ein Ablehnungsbescheid erstellt, welcher den Anspruchsteller zum Erhalt einer VBB-Kundenkarte und Erwerb des Mobilitätstickets Brandenburg berechtigt. Herr Schüler fragt nach den Regelungen des Bundesrechtes und gibt zu bedenken, dass das Bildungs- und Teilhabepaket zum Jahresende ausläuft. Der Ausschussvorsitzende schlägt vor, den Antrag zurück stellen zu lassen. Gegen die Zurückstellung des Antrages erhebt sich kein Widerspruch.  
**Antrag wird zurückgestellt.**

#### **zu 5.1.2 Berücksichtigung von Sozialspekten bei Grundstücksvergabe**

**Vorlage: 14/SVV/0634**

Fraktion DIE LINKE

Der Ausschussvorsitzende gibt zunächst Herrn Scheffler (BL 117 – Grundstücksmanagement) das Wort.

Herr Scheffler skizziert die Rahmenbedingungen, die es beim Verkauf von Grundstücken zu beachten gibt. Gemäß § 79 Abs. 2 Kommunalverfassung des Landes Brandenburg sollen Vermögensgegenstände, inklusive Grundstücke, zu ihrem vollen Wert veräußert werden. Sollten Grundstücke unter dem Verkehrswert (der am Markt zu erzielende Preis) verkauft werden, bedürfen diese Kaufverträge der Genehmigung der zuständigen Kommunalaufsichtsbehörde. Bei Veräußerungen von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten, die dem sozialen Wohnungsbau dienen, kann gem. § 2 Abs. 4

Genehmigungsfreistellungsverordnung, auf bis zu 40 % des Kaufpreises (mindestens Verkehrswert) verzichtet werden. Herr Scheffler gibt an, bis zum Januar 2015 ein Konzept für das FIS-Vermögen der Landeshauptstadt Potsdam zu erstellen und der Stadtverordnetenversammlung vorzulegen.

Herr Kaminski möchte die Bedingungen, die diese Möglichkeiten haben, erläutert bekommen.

Herr Exner erwidert, dass bereits eine Mitteilungsvorlage beschlossen wurde. Grundsätzlich müssen Grundstücke zum vollen Verkaufswert veräußert werden, sonst bedürfen diese einer Genehmigung der kommunalen Aufsichtsbehörde. Außerdem müssen Vermögensgegenstände immer zum Verkehrswert aktiviert

werden.

Herr Schüler bringt ein, dass die Anzahl dieser Verkäufe aufgrund der fehlenden Anzahl der Grundstücke beschränkt ist und man deshalb von den Verkaufsvorschriften weg kommen müsse.

Herr Heuer gibt zu bedenken, dass es keinen neuen Beschluss bedarf, da bereits ein Beschluss – 14/SVV/0862 – Kein Verkauf ohne Bedingungen – existiert. Frau Heise unterstützt diese Ansicht.

Herr Kaminski legt noch einmal den Augenschein auf den sozialen Mehrwert. Er schlägt eine Änderung des Antrages vor.

„Dieser Verfahrensvorschlag und das Ergebnis der Prüfung sind der Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung im **Dezember** 2014 vorzulegen.“

Dieser Änderung wird **zugestimmt**.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, einen Verfahrensvorschlag zu entwickeln, der Abweichungen von der Höchstverbotsvergabe von Grundstücken bzw. Häusern für solche Bewerber\_innen ermöglicht, die sich verbindlich verpflichten, dauerhaft preisgünstige Wohnungen zu vermieten. Dies soll gleichermaßen für Ausschreibungen der Stadt Potsdam wie für städtische Gesellschaften angewendet werden.

Es ist zu prüfen, ob solcher Verfahrensvorschlag auch für die Realisierung städtisch bedeutsamer Konzepte mit sozialem Mehrwert für den Stadtteil ermöglicht werden kann.

Dieser Verfahrensvorschlag und das Ergebnis der Prüfung sind der Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung im ~~September~~ **Dezember** 2014 vorzulegen.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>4</b>
Ablehnung:	<b>3</b>
Stimmhaltung:	<b>0</b>

**zu 5.1.3 Familientarife bei den Stadtwerken**

**Vorlage: 14/SVV/0657**

Fraktion SPD

Herr Heuer, bringt diese Vorlage ein und präzisiert den Begriff „Familie“.  
„Familien beinhalten mindestens ein Kind bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres, die mit Hauptwohnsitz in der Bedarfsgemeinschaft gemeldet sind und für die ein Tarif / Gebühr anfällt. Eine Staffelung nach mehreren Kindern soll möglich sein.“

Herr Jetschmanegg (FBL 92 – Fachbereich Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung) bittet um eine Änderung des Zeitraumes, in der der Prüfbericht

vorgelegt werden soll. Dieser soll erst im Juni 2015 der Stadtverordnetenversammlung vorgelegt werden.

Herr Linke gibt zu bedenken, dass es eine Einkommensgrenze geben müsse, denn wieso sollen besser verdienende Familien auch Vorteile durch den Familientarif der Stadtwerke erhalten?

Herr Heuer erwidert, dass die Nachweisführung des Einkommens extrem aufwendig und Kostenintensiv sein wird. Außerdem gebe es rechtliche Rahmenbedingungen die nicht überschritten werden dürften.

Herr Linke fragt nach, ob als Rechtsgrundlage nicht auch die Sozialgesetzbücher, ähnlich wie bei der Beförderung mit dem öffentlichen Nahverkehr, dienen könnten. Er sehe hier keine soziale Entlastung.

Die gerechte Entlastung sieht auch Herr Schüler nicht gegeben. Er erinnert an den Verfassungsauftrag Familien zu fördern. Es sollen Verbesserungen der Rahmenbedingungen und Unterstützungen für Familien gewährleistet werden.

Frau Heise sieht dieses als einen weiteren Bestandteil des Prüfauftrages.

Herr Exner gibt zu bedenken, dass es bei der kommunalen Abgabenordnung keine soziale Staffelung gibt und diese auch nicht vorgesehen ist. So werden die Abfallentsorgungsgebühren als auch die Wasserver- und Abwasserentsorgungsgebühren in der Landeshauptstadt Potsdam nicht sozial gestaffelt. Um dieses durchzuführen müsste eine entsprechende Rechtsgrundlage vorhanden sein, die Herr Exner nicht bekannt wäre.

Herr Baron von der Osten genannt Sacken definiert den Begriff Gerechtigkeit: „Gerechtigkeit soll ausgleichend, austeilend und sozial gerecht sein.“

Herr Heuer gibt zu bedenken, dass es sozial gerecht wäre, wenn ein Haushalt mit mindestens einer Person unter 18 Jahren, die kein Geld zum Einkommen beiträgt, entlastet werden würde. Beispielsweise durch eine Verschiebung zwischen der Grundgebühr oder der Verbrauchsgebühr.

Die Nutzen-Kosten-Analyse, sollte laut Herrn Wellmann, zunächst durchgeführt werden. Er befürchtet eine Kostenexplosion der Verwaltungskosten.

Die Stadtwerke Potsdam, vertreten durch Herrn Andreas Buchholz, bringen an, dass es Probleme mit dem Datenschutz geben und man aufgrund dessen, diese Familientarife nur schwer umsetzen könnte.

Herr Kaminski erwidert, dass die Familientarife eine Entlastung und somit Umverteilung der Kosten darstellen sollen. Jedoch werden Singles mit einem schlechten Einkommen weiterhin benachteiligt.

Das Verhältnis der Verschiebung von Verbrauchsgebühren und Grundkosten stellt laut Herrn Schüler ein weiteres Problem dar. Es rege nicht mehr zur Sparsamkeit beim Verbrauch an.

Der Ausschuss für Finanzen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung diese Vorlage **abzulehnen**.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:



Der Oberbürgermeister wird beauftragt, gemeinsam mit den Stadtwerken Potsdam die Einführung von Familientarifen für relevante Parameter der Mietnebenkosten wie Energie, Wasser, Entsorgung zu prüfen. Ziel soll eine gerechte Entlastung von Familien sein. Der Prüfbericht mit Handlungsvorschlägen soll der Stadtverordnetenversammlung im Dezember 2014 vorgelegt werden.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>3</b>
Ablehnung:	<b>3</b>
Stimmenthaltung:	<b>1</b>

**zu 5.2      **Beschlussvorlagen****

**zu 5.2.1    **Jugendförderplan der Landeshauptstadt Potsdam 2014 bis 2018****

**Vorlage: 14/SVV/0651**

Oberbürgermeister, FB Kinder, Jugend und Familie

Der Ausschussvorsitzende, Herr Heuer, erteilt zunächst Herrn Riecke (BL 353 – regionale Kinder- und Jugendhilfe) das Wort.

Herr Riecke gibt an, dass auf Grundlage eines Evaluationsberichtes zur Einführung und Erprobung von Leistungs- und Qualitätsentwicklungsvereinbarungen für die offene Kinder- und Jugendarbeit in der Landeshauptstadt Potsdam, entschieden wurde eine Stellenverlagerung zu Lasten anderer Angebote innerhalb der jeweiligen Sozialräume bzw. Regionen, jedoch nicht zu Lasten überregionaler Spezialdienste/-angebote oder freiwilliger Leistungen im besonderen Interesse der Stadt, vorzunehmen.

Dem Jugendförderplan stehen 5,5 Millionen Euro Etat zur Verfügung. Daraus werden 61 Vollzeitbeschäftigte finanziert, wobei zurzeit eine Stelle nicht besetzt sei. Somit werden insgesamt 1,13 % des gesamten Haushaltes für die Jugendhilfe verwendet.

Herr Liebe (Geschäftsführer Treffpunkt Fahrland e.V.) nimmt als Vertreter des Jugendhilfeausschusses am Ausschuss für Finanzen teil. Er bittet darum, dem Änderungsantrag zuzustimmen, da die Leistungs- und Qualitätsentwicklung in der offenen Kinder- und Jugendarbeit nicht leiden und sich nicht verschlechtern dürfe. Er appelliert an die Stadtverordneten der Streichung der Mittel für die VBE nicht zuzustimmen, sondern dem Änderungsantrag zuzustimmen.

Herr Exner gibt § 24 Abs. 1 AGKJHG zu bedenken. „Der festgestellte Jugendhilfebedarf und die Ausweisung der Aufwendungen für die Leistungsbereiche Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit muß sich auf das laufende und das folgende Haushaltsjahr beziehen und die Planungen für zwei

weitere Haushaltsjahre darstellen.“

Man könne hier nicht von der üblichen Verfahrensweise abweichen und sollte den Budgetrahmen beachten. Es sollte nicht zum „Umdrehen“ der Verfahrensweise kommen.

Frau Heise fragt nach einer Deckungsquelle für den Mehrbedarf.

Herr Liebe plädiert für eine Umverteilung der Deckungsringe. Mit diesen müsse man die gesetzlichen Pflichten abdecken. Das Budget für die offene Kinder- und Jugendarbeit, sei trotz zunehmender Arbeiten, nicht gestiegen.

Herr Linke ist für die Einstellungen zusätzlicher Gelder.

Herr Heuer gibt zu bedenken, dass der Aufwuchs der Arbeiten und der damit verbundene Bedarf erkennbar gemacht werden muss.

Herr Heinzel stimmt für die Ablehnung des Antrages.

Herr Baron von der Osten genannt Sacken erklärt, dass man erst darüber reden müsse, wenn die Zeit heran gerückt ist. Man könne diesen Antrag erst besprechen, wenn der entsprechende Haushaltsplan für die Jahre 2015/2016, frühestens Dezember 2014, diskutiert wird.

Die Darstellung der Notwendigkeiten einer Erhöhung der Gelder durch den Jugendhilfeausschuss sieht Herr Kaminski als gegeben. Man müsse diesen Änderungsantrag in den zu beschließenden Haushaltsplan miteinbringen.

Von haushaltrelevanten Entscheidungen vor dem Beschluss des Haushaltes rät Herr Schüler ab. Man sollte keine Vorfestlegungen tätigen.

Herr Heuer bringt einen Änderungsantrag ein.

1. Für die Einrichtungen „Einsteinkids“ und „Junior“ ist zum 01.05.2015 jeweils eine zusätzliche Stelle (VBE) zur Sicherung der bestehenden Angebote der offenen Kinder- und Jugendarbeit in den Jugendförderplan aufzunehmen. ~~Die erforderlichen Personalmittel sind zusätzlich in die Haushalte ab 2015/2016 einzustellen.~~ **Dafür „Es ist zu prüfen, wie die erforderlichen Personalmittel in die Planung des neuen Haushaltes 2015/2016 eingestellt werden können.“**

Es wird über die Änderung abgestimmt.

Annahme der Änderung mit

Zustimmung: 5

Ablehnung: 0

Enthaltung 2

Die **Änderung wurde angenommen.**

Votum über den Änderungsantrag:

Zustimmung: 6

Ablehnung: 0

Enthaltung: 1

### Geänderter Änderungsantrag wurde angenommen.

Der geänderte Jugendförderplan wurde einstimmig angenommen.

Der Ausschuss für Finanzen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

1. Für die Einrichtungen „Einsteinkids“ und „Junior“ ist zum 01.05.2015 jeweils eine zusätzliche Stelle (VBE) zur Sicherung der bestehenden Angebote der offenen Kinder- und Jugendarbeit in den Jugendförderplan aufzunehmen. **Es ist zu prüfen, wie die erforderlichen Personalmittel in die Planung des neuen Haushaltes 2015/2016 eingestellt werden können.**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Jugendförderplan der Landeshauptstadt Potsdam 2014 bis 2018 gemäß **Anlage 1.**

Änderungen:

2. Für die Einrichtungen „Einsteinkids“ und „Junior“ ist zum 01.05.2015 jeweils eine zusätzliche Stelle (VBE) zur Sicherung der bestehenden Angebote der offenen Kinder- und Jugendarbeit in den Jugendförderplan aufzunehmen. ~~Die erforderlichen Personalmittel sind zusätzlich in die Haushalte ab 2015/2016 einzustellen.~~ **Es ist zu prüfen, wie die erforderlichen Personalmittel in die Planung des neuen Haushaltes 2015/2016 eingestellt werden können.**

#### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>7</b>
Ablehnung:	<b>0</b>
Stimmenthaltung:	<b>0</b>

#### **zu 5.2.2 Erste Änderung der Schulraumnutzungs- und Entgeltordnung der Landeshauptstadt Potsdam**

**Vorlage: 14/SVV/0810**

Oberbürgermeister, FB Bildung und Sport

B/Sp. (ff)

Herr Heuer erteilt Herrn Gessner (BL 213 - Sport und schulische Dienstleistungen) das Wort.

Herr Gessner gibt wieder, dass die Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung vom 09.07.2014 beschlossen hat, die Schulraumnutzungs- und Entgeltordnung der Landeshauptstadt Potsdam um eine Kategorie – langfristige Mietverträge – zu ergänzen.

Diese Bearbeitung erfolgte und somit konnten neue Preise für die Nutzung der Räumlichkeiten erarbeitet werden. Durch die Anhebung der Mietpreise ist mit einem Mehrertrag von 21.000 Euro zu rechnen.

Herr Heuer gibt bekannt wie der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt zu

beschließen:

„Erste Änderung der Schulraumnutzungs- und Entgeltordnung der Landeshauptstadt Potsdam **mit geändertem Ergänzungstext.**

Ergänzungstext der Schulraumnutzungs- und Entgeltordnung - **Neu**

Tarif-Nr.            Gegenstand

3.                    langfristige Raumnutzung ab ½ Schuljahr  
für bildungsfördernde Inhalte privater Bildungsanbieter  
~~auf dem Gebiet der Musik, Kunst~~, sowie diesbezüglicher  
regelmäßiger AGs, Kurse o.ä.“

Es wird über die Annahme dieser Änderung abgestimmt:

Die **Änderung** wird **angenommen**.

Der Ausschuss für Finanzen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

„Erste Änderung der Schulraumnutzungs- und Entgeltordnung der Landeshauptstadt Potsdam **mit geändertem Ergänzungstext.**

Ergänzungstext der Schulraumnutzungs- und Entgeltordnung - **Neu**

Tarif-Nr.            Gegenstand

3.                    langfristige Raumnutzung ab ½ Schuljahr  
für bildungsfördernde Inhalte privater Bildungsanbieter  
~~auf dem Gebiet der Musik, Kunst~~, sowie diesbezüglicher  
regelmäßiger AGs, Kurse o.ä.“

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Erste Änderung der Schulraumnutzungs- und Entgeltordnung der Landeshauptstadt Potsdam.

Änderung:

Tarif-Nr.            Gegenstand

3.                    langfristige Raumnutzung ab ½ Schuljahr  
für bildungsfördernde Inhalte privater Bildungsanbieter  
~~auf dem Gebiet der Musik, Kunst~~, sowie diesbezüglicher  
regelmäßiger AGs, Kurse o.ä.“

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:            **5**  
Ablehnung:                **0**  
Stimmenthaltung:        **1**

**zu 5.2.3 Sitzungskalender 2015**

**Vorlage: 14/SVV/0718**

Stadtverordnete Müller als Vorsitzende der StVV  
in alle Ausschüsse überwiesen

Der Ausschuss für Finanzen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, der Vorlage zuzustimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Sitzungskalender 2015 als Arbeitsgrundlage für die Stadtverordnetenversammlung, ihre Fraktionen und Ausschüsse sowie für weitere Gremien.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig angenommen

**zu 5.2.4 Realisierung Uferweg Speicherstadt**

**Vorlage: 14/SVV/0709**

Fraktion DIE LINKE

Herr Kaminski bringt die Vorlage ein.

Es geht vor allem um die Nutzung und Beantragung von Fördermittel beim Land und Bund.

Herr Exner rät erst die Entscheidung des Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr am 07.10.2014 abzuwarten.

Herr Schüler erwidert, dass es große finanzielle Auswirkungen haben kann.

Über die Vorlage wird abgestimmt.

Der Ausschuss für Finanzen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung diese Vorlage nicht anzunehmen.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit dem Entwurf für den Haushaltsplan 2015/ 2016 die notwendigen finanziellen Voraussetzungen für den Bau des Uferweges auf dem Grundstück der EWP in der Speicherstadt zu schaffen. Parallel dazu sind die Gespräche mit der Landesregierung zu führen, um die Aufnahme dieser Entwicklungsmaßnahme in die Landesförderung zu erreichen.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 2  
Ablehnung: 3  
Stimmenthaltung: 2

**zu 5.2.5 Planung zur Finanzierung städtischer Kultureinrichtungen**

**Vorlage: 14/SVV/0717**

Fraktion DIE LINKE

Herr Kaminski bringt diese Vorlage ein.  
Er plädiert auf die Berücksichtigung der Tarifierpassung bei der Haushaltplanung.

Frau Dr. Seemann (FBL 24 – Fachbereich Kultur und Museum) skizziert mögliche hinreichende Kriterien für die Evaluation.

Herr Baron von der Osten genannt Sacken sieht auch den Gesichtspunkt Wirtschaftlichkeit als einen wesentlichen Punkt.

Herr Exner erwidert, dass es sich hierbei um eine Fehlbedarfsfinanzierung handeln würde, wenn man die freiwilligen Aufgaben erweitert. Diese passt nicht zur Planung des neuen Haushaltes 2015/2016.

Herr Schüler plädiert für keine Kürzung der Gelder. Da diese Einrichtungen kaum Profit erwirtschaften, könne es zum Stillstand der Entwicklung der Kultur in der Landeshauptstadt Potsdam kommen.

Herr Heuer fragt nach dem Zeitraum für die Evaluation.

Frau Dr. Seemann erwidert, dass man diese Evaluation nicht unter dem Gesichtspunkt Gewinn durchführen kann. Die verschiedenen Einrichtungen sind nicht mit einander vergleichbar. Man sollte auch immer den Bildungsauftrag der Kultureinrichtungen betrachten. Außerdem wird zur Zeit ein Kultur politisches Konzept für die Landeshauptstadt Potsdam erstellt.  
Aufgrund dessen ist der Zeitraum Januarsitzung nicht haltbar.  
Man könne auch nicht die Kosten der Evaluation, die durch eine externe Firma durchgeführt werden müsse, beziffern.

Herr Schüler gibt zu bedenken, dass viele Punkte mit Kultur erreicht werden und man niemanden bevorzugen bzw. benachteiligen dürfte. Er schlägt folgende Änderung vor:

„Vor Planung der Finanzausstattung städtischer Kultureinrichtungen im Haushalt 2015/2016 **2017/2018** eine Evaluation der betreffenden Einrichtungen durchzuführen.“

Änderungsantrag wird nicht angenommen:

Zustimmung:1  
Ablehnung:1  
Enthaltung: 5

Abstimmung zum Ergänzungsantrag.

Antrag wird **nicht angenommen**.

Der Ausschuss für Finanzen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung diesen Antrag **nicht anzunehmen**.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bei der Planung der Finanzausstattung städtischer Kultureinrichtungen im Haushalt 2015/2016 folgende Kriterien in die Haushaltsplanung aufzunehmen:

1. In den städtischen Kultureinrichtungen ist die zu erfolgende Tarifierpassung durch entsprechende Erhöhung über städtische Mittel zu sichern.
2. Keine kulturelle Einrichtung der Stadt soll einer Finanzkürzung in Bezug auf das Jahr 2014 unterliegen.
3. Die Planungen für freie Kulturträger sind mindestens auf dem Niveau von 2014 zu halten.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>2</b>
Ablehnung:	<b>4</b>
Stimmenthaltung:	<b>1</b>

**zu 5.2.6 Kein Verkauf der Volkshochschule**

**Vorlage: 14/SVV/0834**

Fraktion DIE aNDERE

Herr Linke bringt zusammen mit Herrn Baron von der Osten genannt Sacken die Vorlage ein.

Herr Richter (KIS-Werkleiter) erklärt, dass die Einnahmen aus dem Verkauf der Volkshochschule zur Finanzierung des bereits fertig gestellten Bildungsforums dienen sollen. Man ging seiner Zeit von einem Erlös in Höhe von 800.000 Euro aus. Diese belasten zurzeit den Haushalt des KIS.

Auch die Prüfung zur anderen Nutzung des Gebäudes durch die Verwaltung ergab, dass die Nutzung durch die Verwaltung selbst aufgrund von fehlenden Räumlichkeiten nicht in Frage kam. Da das Haus bereits in den 60er Jahre gebaut wurde, müssten 3 Mio. Euro zur Nutzung als Büroräume aufgrund von Sanierungen investiert werden. Auch die Nutzung als Asylheim für 100 Asylbewerber würde ebenfalls 3 Mio. Euro kosten.

Schlussendlich ist bei einem Verkauf der Volkshochschule zurzeit von einem Erlös in Höhe von 1.8 Mio. Euro auszugehen.

Herr Wellmann fragt nach der Nutzung des Gebäudes nach dem Verkauf.

Herr Richter gibt an, dass dieses Gebäude nach der Sanierung als Wohnraum zur Verfügung stehen soll.

Herr Exner appelliert an die Ausschussmitglieder, dass der Erlös der Refinanzierung des Bildungsforums dienen sollte. Sollte man den Verkauf jetzt stoppen, wirft das ein schlechtes Licht auf die Landeshauptstadt Potsdam gegenüber der Kommunalaufsicht des Landes Brandenburgs. Schließlich müssen hohe Kreditaufnahmen durch diese genehmigt werden. Außerdem wurde bereits im November 2013 über den Verkauf der Volkshochschule in der Stadtverordnetenversammlung abgestimmt.

Der Ausschuss für Finanzen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung diese Vorlage **abzulehnen**.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Ausschreibung zum Verkauf des Gebäudes der ehemaligen Volkshochschule wird abgebrochen. Das Objekt soll auch künftig für kommunale Zwecke genutzt werden.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die nötigen Maßnahmen einzuleiten und die Stadtverordneten spätestens im Dezember über den Sachstand zu informieren.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	2
Ablehnung:	4
Stimmenthaltung:	1

**zu 5.3      Mitteilungen der Verwaltung**

**zu 5.3.1    Information über die erreichten Zinssätze beim Abschluss von Forwarddarlehen im 1. Halbjahr 2014**

**Vorlage: 14/SVV/0746**

Oberbürgermeister, FB Finanzen und Berichtswesen

Frau Gruß (FBL 11 – Finanzen und Berichtswesen) stellt die Mitteilungsvorlage kurz vor.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

Frau Dr. Ullrichs fragt über die Möglichkeit von SWAP-Geschäften.

Frau Gruß erwidert, dass nach Prüfung bereits festgestellt wurde, dass diese Art von Finanzierungsinstrumenten für die Landeshauptstadt Potsdam nicht lohnenswert sind.

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis.



**zu 5.3.2 Bereitstellung eines zusätzlichen Vertretungsbudgets für Schulen durch das Land Brandenburg - Einstellung der städtischen Vertretungsreserve gegen Unterrichtsausfall**

**Vorlage: 14/SVV/0816**

Oberbürgermeister, FB Bildung und Sport  
B/Sp.

Herr Gessner stellt die Mitteilungsvorlage kurz vor.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

Herr Schüler fragt nach, ob die Landesregelung auch tatsächlich angewandt wird.

Herr Gessner bejaht das.

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis.

**zu 5.3.3 Zwischenmitteilung Kein Verkauf ohne Bedingungen**

**Vorlage: 14/SVV/0862**

Oberbürgermeister, Fachbereich Finanzen und Berichtswesen  
SBV, GSI

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

Der Tagesordnungspunkt 5.3.3 wurde zusammen mit dem Tagesordnungspunkt 5.1.2. diskutiert. Ergebnisse siehe Niederschrift unter TOP 5.1.2.

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis.

**zu 6 Sonstiges**

Frau Müller fragt nach warum der Termin zur Abschlussveranstaltung vom Bürgerhaushalt auf den 14.11.2014 um 18 Uhr gelegt wurde. Sie befürchtet eine geringe Resonanz.

Herr Exner äußert, dass er darüber keine Informationen vorliegen hat.

Herr Hinze bittet Herrn Exner eventuell noch spezifischere Fortbildungsangebote zum Themengebiet Finanzen der Landeshauptstadt Potsdam zu geben.

Herr Exner nimmt dieses auf und wird über Umsetzungsmöglichkeiten nachdenken.

